

Telegraphische Depeschen.

*** Wien, 13. Oct.** Die Montags-Revue bespricht die letzten beiden Circulardepeschen der Pforte und bemerkt dazu:

Die gesammte politische Welt ist darin einig, daß die Pforte nicht leicht einen unglücklichen Schritt unternehmen konnte. Das englische Cabinet hat sofort das ungebührliche Ausfallen der Pforte zurückgewiesen und die übrigen Regierungen werden voraussichtlich diesem Beispiele folgen. Wegen die Verleumdungen der Discipeln unserer Truppen werden wir uns selbst zu schätzen wissen. Wenn die Pforte die Convention entgegen zu können glaubt, dann besteht das vorbehaltlose Mandat des Berliner Congresses, das die unverrückbare Rechtsbasis für das Vorgehen Oesterreichs bildet. Durch die Weigerung der Pforte, die Verhandlungen fortzusetzen, hat Oesterreich seine Aktionsfreiheit wiedererhalten, welche innerhalb des Rahmens des Berliner Vertrages eine volle und unbedingte ist. Oesterreich wird diese Freiheit nicht mißbrauchen und ohne eine vertragsmäßige Nothigung an allen Zugeständnissen festhalten, welche es der Pforte in der Convention einzuräumen gedachte. Was die Besetzung des Sandschaks Nowibazar anbelangt, so werden sicher weder die Vorstellungen der Pforte bei den Mächten, noch die Rücksichten auf die in dem Sandschak stehenden türkischen Streitkräfte Oesterreich an dem Vorgehen der ihm durch den Berliner Vertrag eingeräumten Maßregeln hindern. Oesterreich zieht hierin ausschließlich seine eigenen Interessen zu Rathe. Augenblicklich liegt kein Bedürfnis für die Ausdehnung der Occupation über ihre bisherigen Grenzen vor, aber der Berliner Vertrag hat das Recht Oesterreichs zur Garnisonierung des Sandschaks ohne Einschränkung festgelegt. Das wiener Cabinet wird von diesem Rechte unzweifelhaft ohne Zögern Gebrauch machen, sobald die Ausübung desselben durch die Sachlage geboten und vortheilhaft erscheint; daran werden die Circulardepeschen der Pforte so wenig ändern als der Abbruch der Conventionsverhandlungen.

Wien, 13. Oct. Das Fremdenblatt constatirt, Karathodoroff's Eröffnungen gegenüber Andrassy entsprächen keineswegs der vom Standard veröffentlichten Note. Die hier abgegebenen türkischen Erklärungen entbehren jedes offenbaren oder provocatorischen Charakters. Oesterreich hat der Pforte noch nicht geantwortet, dürfte aber beiläufig Folgendes erwidern: „Oesterreich sei bereit, die von der Pforte gewünschten guten Beziehungen aufrecht zu erhalten, vorausgesetzt, daß die Pforte loyal alle übernommenen Verpflichtungen erfüllt. Durch das Scheitern der Convention infolge der türkischen Weigerung sei Oesterreichs Standpunkt zum Berliner Vertrage nicht verändert, Oesterreich werde Europas Mandat ausführen mit oder ohne Convention. Ueber die Besetzung des Sandschaks Nowibazar sei eine Verständigung erwünscht; sollte dieselbe wieder durch die Schuld der Pforte scheitern, so werde Oesterreich die Besetzung dennoch vornehmen, sobald der geeignete Zeitpunkt eingetreten sei.“ Nowikow hatte gestern mit Andrassy eine einstündige Unterredung, vermutlich bezüglich der Haltung der Pforte. (Post.)

Budapest, 13. Oct. Von guter Quelle erhalte ich folgende Information: „Die türkische Note ist, wie vorausgesehen, von keiner Seite zum Gegenstande einer Erörterung gemacht. Nur Rußland ließ unter der Versicherung, daß der Note keinerlei Ernst beizumessen, in Wien darauf aufmerksam machen, daß die Pforte dasselbe Spiel jetzt gegen Oesterreich treibe wie ehemals gegen Rußland. In Petersburg sei man überzeugt, daß die Pforte bei der Anklage der österreichischen Truppen sich keiner größeren Wahrheit beflissen habe als seinerzeit bei den gegen die russische Armee gerichteten Anklagen. Der Zwischenfall erscheine erledigt, obgleich nach der Provocation der Pforte nicht auffallend wäre, wenn beispielsweise wiederum der Gedanke auftauchte, der schon einmal eine gewisse Bedeutung erlangt und nur angesichts der wachsenden Erfolge Oesterreichs wieder fallen gelassen worden ist, der Gedanke nämlich, die Pforte durch ein entschiedenes Eingreifen Europas zur strikten und loyalen Durchführung des Berliner Vertrages zu bringen. Ohne Zweifel würde, wenn das wiener Cabinet nur die geringste Anregung in dieser Richtung geben wollte, ein solches Votum die Antwort Europas an die Pforte bilden, aber man wird in Wien schwerlich die Politik der Wiedervergeltung und der Rancune befolgen wollen. Man hat weit mehr Interesse daran, die Pforte gegen die Folgen ihrer eigenen Fehler und Thorheiten zu schützen, als einen Act der Wiedervergeltung zu üben.“ (D. M. Bl.)

Wien, 13. Oct. Die partielle Demobilisierung erweist sich als vor Mitte November nicht thunlich, eine frühere Entlastung von den Occupationskosten wird dadurch unmöglich. — Die Rothschild-Gruppe hat Lissa 8 Millionen zur Verfügung gestellt, mit denen der Cassanand bis zum Jahresende gedeckt ist. — Depretis geht unter Billigung des Kai-

fers, aber ohne einen Specialauftrag, an die parlamentarische Cabinettsbildung. Der Führer der Verfassungstreuen, Dr. Herbst, antwortete Depretis ablehnend. Wenn Depretis bis Donnerstag nicht reusirt haben sollte, dürfte Taaffe die Neubildung des Cabinetts versuchen. (D. M. Bl.)

Wien, 13. Oct. Seit gestern Abend verlautet, daß Depretis zum Cabinettschef designirt ist und das Ministerium des Innern übernimmt. Außerdem würden noch einige sachkundige Mitglieder des bisherigen Cabinetts sowie andere dem Reichsrathe und Herrenhause entnommene Männer in das Ministerium berufen werden. (D. M. Bl.)

*** Wien, 12. Oct. mittags.** (Officiell.) Generalmajor Reinländer besetzte am 10. Oct. anstandslos Bernograth.

*** Wien, 12. Oct. (Officiell.)** Die von den Insurgenten noch besetzt gewesene Feste Klodus ist durch das 1. Jägerbataillon cernirt.

*** Budapest, 13. Oct. morgens.** Das Amtblatt veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den Ministerpräsidenten v. Tisza, worin dieser mit der provisorischen Leitung des Finanzministeriums, Frhr. v. Wenckheim mit der provisorischen Leitung des Ministeriums des Innern beauftragt und der seitberige Finanzminister v. Szell der Leitung des Finanzministeriums definitiv enthoben wird.

*** Prag, 12. Oct. abends.** In dem Proceß Streischowsky-Thierhier ist der Angeklagte Streischowsky heute von dem Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung freigesprochen, dagegen der Uebertretung gegen die Sicherheit des Lebens schuldig erkannt worden. Das Urtheil lautet auf eine Arreststrafe von vier Monaten und auf Zahlung von 2168 fl. Ersatz an Thierhier. Der Verteidiger des Angeklagten meldete die Nichtigkeitbeschwerde sowie die Berufung gegen das Strafmaß und den Schadenersatz an.

*** Rom, 12. Oct.** Vom Finanzminister wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, wonach der bisher am geringsten besteuerte Grundbesitz künftig gänzlich von der Grundsteuer entlastet werden soll. Dem Vernehmen nach wird infolge des günstigen Standes des Budgets pro 1879 zur Deckung der dem Staatschätze aus der Abschaffung der Mahlsteuer erwachsenden Verluste vom Finanzminister weder eine neue Steuererhöhung noch auch eine neue Steuer beantragt werden.

*** Rom, 12. Oct.** Die Sanitätscommission hat für die spanischen Pilger eine dreitägige Quarantäne in Civita-Vecchia angeordnet. — Das Journal Italie bespricht den Eintritt des Engländers Wilson und des Franzosen Bligneres in das Cabinet des Khedive und bemerkt dazu, da Italien in Aegypten mindestens ebenso beträchtliche Interessen wie England und Frankreich habe, scheine es billig, daß Italien ebenfalls im Rathe des Vicekönigs vertreten sei. Hieraus bezügliche Verhandlungen seien eingeleitet; falls dieselben zum Ziele führen sollte, was man innerhalb einiger Tage wissen werde, solle das ägyptische Justizportefeuille einem Italiener anvertraut werden.

*** Rom, 13. Oct.** Der österreichische Botschafter Baron Haymerle ist hier eingetroffen.

*** Florenz, 13. Oct.** Wie die Razione meldet, hat der Minister des Innern in Voraussicht einer etwaigen internationalistischen Bewegung an den Grenzen und in einigen Städten Italiens die strengsten Befehle zur energischen Verhinderung und Unterdrückung jeden Aufruhrsversuches erlassen.

*** Paris, 12. Oct.** Der lebenslängliche Senator, Bischof von Orleans, Dupanloup, ist gestern Abend plötzlich gestorben. — General Grant hat Paris heute verlassen und sich nach Spanien begeben.

*** Paris, 12. Oct.** Nach einem dem Marineminister von dem Gouverneur von Caledonien zugegangenen Telegramm vom 3. Oct. sind die Bezirke von Bouloupari und Marni vollständig pacificirt und ist in denselben die öffentliche Ordnung wiederhergestellt. Dagegen ist der Aufstand im Bezirke von Boufai noch nicht vollständig niedergeworfen. Die dortigen Stämme haben mehrere Colonisten getödtet und verschiedene Besitzungen angegriffen; die Aufständischen sind mit großen Verlusten zurückgeschlagen worden. In den übrigen Bezirken Caledoniens herrscht Ruhe. Der Gouverneur hofft, daß die demnächst eintreffenden Verstärkungen genügen werden, um die Pacification vollständig durchzuführen.

*** Paris, 13. Oct.** Der Marineminister hat, um die Wiederherstellung der Ruhe in Neucaledonien zu beschleunigen, angeordnet, daß der Gouverneur von Cochinchina unverzüglich zwei Compagnien Marineinfanterie nach Numea sende. Der Kreuzer Hugon ist

zu demselben Zweck aus den chinesischen Gewässern nach Neucaledonien beordert. Der Contreadmiral Du Petit-Thouars begibt sich am 25. Oct. von Toulon aus ebenfalls nach Numea.

*** Paris, 13. Oct.** Der heutige Figaro „glaubt zu wissen“, daß Fürst Bismarck, ohne erst eine Aufforderung der französischen Regierung abzuwarten, den deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Hohenlohe, beauftragt habe, dem französischen Minister des Auswärtigen, Frn. Waddington, bezüglich der jüngsten Vorgänge im Deutschen Reichstage Erklärungen zu geben, welche jede Gefahr einer Trübung der zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden guten Beziehungen ausschließen.

*** Brüssel, 13. Oct.** Wie die Independance erfährt, würde die Regierung den Kammern demnächst einen die Reformen auf dem militärischen Gebiete betreffenden Gesetzentwurf vorlegen, wonach alle jungen Leute verpflichtet sind, entweder in der activen Armee oder in der Reserve zu dienen; die Dienstdauer in der Reserve würde acht Jahre betragen. Die Stellvertretung würde mit der Beschränkung aufrecht erhalten werden, daß die durch die Conscriptio zum Eintritt in die active Armee Verpflichteten zwar einen Stellvertreter stellen können, dessenungeachtet aber für ihre Person zur Reserve überreten.

*** Kopenhagen, 12. Oct.** In der heutigen Sitzung des Landsting machte der Finanzminister Mittheilung von einer telegraphischen Nachricht, wonach in Sainte Croix wieder geordnete Zustände hergestellt zu sein scheinen. Der Aufstand scheint niedergeworfen, auf den meisten Plantagen sei die Arbeit wieder aufgenommen. Da das Telegramm von keinem Verlust an Menschenleben spreche, so könne, wenn überhaupt ein solcher stattgefunden, seiner Ansicht nach derselbe nur ein unbedeutender sein, namentlich scheine keiner der Beamten bei dem Aufstande das Leben verloren zu haben.

*** Belgrad, 12. Oct.** Das Ministerium ist nunmehr reconstituirt, dasselbe besteht aus Risico Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, Bogdan Kriegsminister, Alimpić Minister für den öffentlichen Unterricht, Lazarewitsch Justizminister, Mitailowitsch Minister des Innern, Vidanowitsch Finanzminister, Basilewitsch Cultusminister.

*** Belgrad, 12. Oct.** Wie von authentischer Seite versichert wird, sind die von hier nach dem Auslande verbreiteten Mittheilungen bezüglich angeblicher Erklärungen des russischen Ministerresidenten Persiani über die Haltung Rußlands gegenüber der österreichischen Occupation Bosniens vollkommen erfinden. Dasselbe gilt von der Nachricht, daß hier eine Adresse colportirt werde, um den Fürsten zu veranlassen, von Oesterreich Genugthuung zu fordern.

*** Bukarest, 12. Oct.** In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer begründete Ionescu den Antrag der Minorität auf Zurückweisung der Rumänien angebotenen Dobrubtscha, welche nur ein Zankapfel werden würde. Der Minister des Auswärtigen Cogalniceanu wies darauf hin, daß Europa Rumänien die Dobrubtscha zugebacht habe, um den Einfluß Rußlands zu restringiren, beide Donauufer der Machtphäre Rußlands zu entziehen und Bulgarien in seinen Grenzen einzukneuen. Der Minister theilte sodann der Kammer mehrere diplomatische Documente mit, namentlich einen vertraulichen Bericht Ghila's und einen ebensolchen Stourbja's, welcher letztere jetzt zur Opposition gehöre. Aus diesen Documenten ergebe sich, daß Bessarabien schon seit der reichstädtischen Zusammenkunft für Rumänien verloren gewesen sei. Was die Judenfrage anbelange, so schloß er sich der Ansicht Ionescu's an, daß deren Verathung verweigert werde. Der Deputirte Majorescu beantragte die sofortige Anberaumung einer constituirenden Versammlung, der Deputirte Holban bekämpfte diesen Antrag Majorescu's. Der Ministerpräsident Bratiano wiederholte seine im Senat bereits geltend gemachten Gründe und betonte hauptsächlich, daß der Vertrag von Rumänien ratificirt sein müsse, wenn man das rumänische Gebiet von den Russen geräumt sehen wolle. Schließlich wurde der Antrag der Minorität mit 78 gegen 20 Stimmen abgelehnt und der Antrag der Majorität mit 83 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Sitzung war eine sehr stürmische, vielfach von lärmenden Zwischenfällen unterbrochene; infolge eines solchen erklärte der Kammerpräsident, daß er sein Amt niederlege. Der Schluß der Session erfolgt voraussichtlich am Montag.

*** Bukarest, 13. Oct.** Ueber die gestrige Erklärung des Ministers Cogalniceanu in der Deputirtenkammer

IL
aequato
dem
epoche-
gen, von
Darstellung
und Abbil-
graphischen
[1942]
erster
wer
welche
st. und
Beitrag
aus den
Mittheilun-
gen 60
durch
Abnahme.
8-76]
Gat-
teries)
ericium
-12 Uhr
Bordil-
che, Tho-
1. Mont-
r Mittags
etl. Aus-
Anstragen
kunftgen
Mittags
ununter-
nd Nacht)
ese, Nach-
sbienst).
am An-
auf dem
Postamt
Jose (Kai-
Eisenbur-
VIII) mit
S (Kauf-
en Räume
inspector.
ten.
Greis in
in Stadt
t in Leip-
Dr. Dr.
mit Frh.
Hermann
e Knabe.
mit Frh.
steint in
mitd aus
eyer in
schiff aus
b der
gaffesser
Dr. Chri-
schlauer.
nzel in
d. Mohr
vrl. Bern-
Leipzig.

betreffend die Judenfrage wird berichtigend mitgeteilt, daß der Minister sich nicht der Ansicht Jonescu's in dieser Frage angeschlossen, sondern nur erklärt habe, daß dieselbe von einer constituirenden Versammlung geregelt werden solle.

* Wien, 12. Oct. abends. Meldungen der Politischen Correspondenz: „Die in dem Ministerium des Auswärtigen in der Angelegenheit der Administration Bosniens und der Herzegowina tagende Commission hat die Berathung des Entwurfes einer provisorischen Organisation beider Länder vollendet. Dieselbe Commission hat sich auch mit der Frage über die möglichst schnelle Repatriirung der Flüchtlinge aus Bosnien und der Herzegowina beschäftigt und die bezüglichlichen Grundzüge bereits festgelegt. Die Repatriirung der Flüchtlinge in die Herzegowina dürfte bereits im Werke sein.“ — Aus Konstantinopel vom 11. Oct.: „Savfet-Pascha konnte aus den Besprechungen mit einigen Boten vorläufig bereits entnehmen, welchen mißliebigen Eindruck die letzten diplomatischen Manifestationen der Partei auf die Cabineten einiger Großmächte hervorgebracht haben. — Außer dem Anführer der Insurgenten im Rhodopegebirge, Saint Clair, hat sich auch die polnische Legion von der Insurrection getrennt. Saint-Clair hat sich nach Albanien begeben. Den Oberbefehl über die Insurgenten hat Komate-Hodji-Ismail übernommen.“ — Aus Bukarest von heute: „Die rumänische Tabakmonopolgesellschaft hat der Regierung die Auflösung ihres Contracts notificirt mit der Erklärung, daß sie bereit sei, die Geschäfte noch zwei Monate hindurch fortzuführen, damit die Regierung Zeit zur Uebernahme habe. Nach Ablauf dieses Termins wird der Betrieb eingestellt.“

* Konstantinopel, 12. Oct. Wie verlautet, sollen der englische und der französische Botschafter Savfet-Pascha angerathen haben, zur Vermeidung eines Conflicts nur den Abschluß einer Militärconvention mit Oesterreich ins Auge zu fassen, von dem Abschluß einer politischen Convention aber bis auf weiteres ganz abzusehen. — Der Commandant von Bagdad Taik-Pascha ist degradirt, Mahmud-Pascha, der Commandant von Abjadbagh, ist verhaftet, die gegen mehrere kurdische Begs wegen begangener Grausamkeiten verhängte Todesstrafe ist vom Sultan bestätigt worden.

* Konstantinopel, 12. Oct. Gestern fand bezüglich der Wahl eines neuen griechischen Patriarchen der erste Wahlgang statt, bisjezt werden dem Metropolit von Salonichi die meisten Aussichten zugeschrieben.

* Dresden, 13. Oct. Der zweite deutsche anti-socialistische Arbeitercongrès ist bei sehr zahlreicher Beteiligter eröffnet worden; 52 Mandate vertreten 42 Körperschaften mit circa 46700 Mitgliedern. Zum Präsidenten des Congresses wurde Dr. Max Hirsch (Berlin), zum ersten Vicepräsidenten Roth (Chemnitz) und zum zweiten Vicepräsidenten Walter (Dresden) gewählt. In der heutigen ersten Hauptversammlung versuchten nach einem Vortrage von Dr. Max Hirsch die Socialdemokraten eine Störung der Verhandlungen durch Lärm und Rufen, wurden aber durch den Vicepräsidenten Roth energisch zur Ruhe verwiesen. Der hiesige Reichsverein hat die Beschickung dieses Congresses durch Delegirte abgelehnt, weil derselbe die Bestrebungen zur Bekämpfung der Socialdemokratie mit der Verfolgung einseitiger politischer Tendenzen der Fortschrittspartei in Verbindung bringe.

Die zweite Verathung des Socialistengesetzes im Reichstage.

© Berlin, 12. Oct. Am Bundesrathstische: Stellvertreter des Reichskanzlers Vicepräsident des preussischen Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Berningerode, Reichskanzleramtspräsident Staatsminister Hofmann, Präsident des Reichs-Justizamtes Staatssecretär Dr. Friedberg, königlich preussischer Minister des Innern Graf zu Eulenburg, Geheimrath Ittenbach, Dehlshlänger und v. Brauchitsch, und viele Bevollmächtigte zum Bundesrath. Das Haus ist zahlreich besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Dr. v. Jordan bed eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Auf der Tagesordnung steht nur die Fortsetzung der zweiten Verathung des Gesetzentwurfes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie. Die Debatte über §. 5: Verbot von Versammlungen etc., welche gestern nicht zu Ende geführt wurde, wird heute fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Minnigerode wendet sich zunächst gegen den gestrigen Vergleich des Abg. Windthorst, die drei Fractionen der Deutschconservativen, Frei-conservativen und National-Liberalen seien drei Compagnien, welche unter dem Befehle des Fürsten Bismarck stehen; sie seien vielmehr einem freiwilligen Aufgebote zu vergleichen; denn sie allein hätten die Ge-

jahr, die Staat und Gesellschaft bedroht, völlig und richtig erkannt.

Das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Interessen des Reiches bedingt unsere Stellung und führt uns zur Annahme der Vorlage. Ich bitte Sie darum auch, das Amendement Bräuel, welches Wahlversammlungen ausschließen will, abzulehnen; einen Schutz für alle andern Parteien würde dasselbe nicht schaffen, der ist wol auch vom Herrn Antragsteller nicht beabsichtigt worden, und den Socialdemokraten würde man damit ein Privileg schaffen, das viele andere Bestimmungen des Gesetzes illusorisch machen würde. Die Befürchtung aber, daß andere Parteien oder erlaubte Bestrebungen mit diesem Paragraphen getroffen werden könnten, ist völlig unbegründet, ja nach den loyalen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und des preussischen Drn. Ministers Grafen Eulenburg gänzlich ausgeschlossen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Czarlinski erklärt, daß er im Namen seiner tiefgekränkten Landsleute, welche seit 100 Jahren sehr daran gewöhnt worden, Unrecht zu leiden, gegen diesen Paragraphen und gegen die ganze Vorlage stimmen müsse:

Nach Annahme dieses Paragraphen werde die Polizei nach ihrem Belieben jede Versammlung für socialistisch oder communistisch erklären und das Versammlungsgesetz völlig aufheben; nur den „Gesinnungstüchtigen“ werde es noch möglich sein, sich zu versammeln; die Beschränkungen werden immer zu spät kommen, eine Remedur niemals etwas nützen; ja sogar die Vorkehrungen werden durch die Vorlage gestopft werden, und er müsse schon im voraus für die herrlichen Interpretationskunststücke, welche die Polizei bei dieser Vorlage wieder zeigen werde, bestens danken.

Abg. v. Geß: Ich habe mir nicht die Aufgabe gestellt, die allgemeinen Gesichtspunkte und insbesondere diejenigen, welche der Hr. Abg. Windthorst gestern entwickelt hat, nochmals zu beleuchten. Diese Gesichtspunkte sind wiederholt und vielfach erörtert worden, ich kann mich daher auf wenige Sätze beschränken. Meine Herren, ich kann zunächst unerörtert lassen die Ausführungen des Hr. Abg. Windthorst über einzelne Fractionen dieses Hauses, denn es hat in dieser ersten Stunde, meine Herren, keine Fractionen, sondern vaterländische Politik zu treiben. Es sollte wenigstens so sein! (Sehr richtig!) Es kann, meine Herren, sich auch nicht handeln um Standpunkte, welche der Vergangenheit angehören und damals ihre Berechtigung hatten, welche aber überholt sind durch neuere Ereignisse, durch neuere Enthüllungen, wie wir sie zum Beispiel vor wenigen Tagen aus dem Munde des Hr. Abg. Haselmann vernommen haben. Der Hr. Abg. Windthorst hat sodann in seinem Vortrage die Ursachen und Quellen der Socialdemokratie untersucht und geltend gemacht, daß durch dieses Gesetz diese Schäden, diese Krankheit der Zeit nicht geheilt werden. Meine Herren, ich theile diese Ansicht; aber um diesen Standpunkt handelt es sich gar nicht, wir haben nicht die Aufgabe, diesen Heilungsproceß nunmehr einzuleiten. Nein, meine Herren, wir stehen vor einer nahe Gefahr, vor einer Gefahr, welcher gegenüber wir nicht, wie lässlich in einer Rede angeführt wurde, und mit kaltem Blute verhalten. Nein, wir haben eine Gefahr vor uns, welche wir besonders müssen, um das Volk zu schützen, und das Volk verlangt diesen Schutz. In dieser Richtung bin ich mit dem Hr. Abg. Windthorst einverstanden, wenn er gesagt hat, wir stehen mit diesem Gesetze vor einem ersten Schritte. Ja, meine Herren, wir stehen vor einem ersten Schritte, und ich möchte die Verantwortlichkeit nicht auf mich nehmen, dem Volke diesen Schutz zu versagen; wider die hochgehenden Wellen einer unferne staatliche und gesellschaftliche Ordnung bedrohenden Gefahr müssen wir gegenwärtig einen Damm aufwerfen, — mag die Zukunft die entfernteren Ursachen der Socialdemokratie aufsuchen.

Der Abg. Windthorst hat dann die Definitionen der §§. 1 und 5 für ungenügend erklärt und gesagt, man wisse danach nicht, welche Vereine und Versammlungen verboten werden sollen. Ich theile diese Ansicht nicht; es handelt sich einfach um socialdemokratische, socialistische oder communistische Bestrebungen, die auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtet sind. Diese Definition ist für jeden Polizeibeamten und Richter vollständig klar und genügend. Der Antrag des Abg. Bräuel und seiner politischen Freunde ist theils überflüssig, theils unbegründet. Um die Beschränkung des Wahlrechtes handelt es sich gar nicht, die Socialdemokraten werden auch künftig Wahlversammlungen unbeanstandet halten können. (Sehr richtig!) Der §. 5 erfordert zu seiner Anwendung das Vorhandensein von Umsturz Tendenzen, und gegen diese wollen wir Cautelelen. Wahlversammlungen, die mit dem Schilde dieses Namens anderes becken, müssen wir verbieten können; sonst gerathen wir in Widerspruch mit dem ganzen Gesetze, namentlich mit §. 1. Wir wollen keinen Eingriff in ein Recht, sondern nur die Verhinderung eines rechtswidrigen verbotenen Treibens. Man spricht so viel davon, daß dieses Gesetz das bürgerliche Recht und die bürgerliche Freiheit gefährde — meine Herren, es gibt kein Recht auf den Umsturz, und wenn wir diesen bekämpfen, dann kämpfen wir nicht für das Unrecht, sondern für das Recht. (Zustimmung.) Die Umsturz Tendenzen aber müssen wir bekämpfen, wenn überhaupt bürgerliche Freiheit und bürgerliches Recht bestehen sollen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. Schenk v. Stauffenberg kann dem Vordrner in seinen letzten Ausführungen nur beistimmen: Das Amendement Bräuel sei zu eng und werde seinen Zweck nicht erreichen. Außerdem aber sehe ich, daß ein Verbot von Wahlversammlungen absolut im Widerspruch stehen würde mit Geist und Tendenz des Gesetzes. Die bezüglichlichen Reichs- und Landesgesetze bleiben ja für die Wahlversammlungen als solche in Kraft; gegen derartige Versammlungen kann und wird also auch, wenn sie diesen ausschließlichen Charakter verlieren, schon nach den bestehenden Wahlgesetzen eingeschritten werden; der Antrag Bräuel würde also keinen praktischen Effect haben. Redner citirt das bairische Vereinsgesetz zum Beweis dafür. Es genügt völlig, zu sagen, daß die Bestimmungen des Gesetzes auf den Betrieb von Wahlangelegenheiten nicht Anwendung finden.

Abg. Reinders (Socialdemokrat) geht in seiner Polemik gegen §. 5 auf die Motive der Vorlage ein,

welcher für die Bestimmung desselben keinen einzigen positiven Grund angeführt habe:

Wenn die Socialdemokratie Pläne gewaltsamen Umsturzes hegte, möchte es in Deutschland schon längst zu blutigen Conflicten gekommen sein. Die Kennzeichnung der socialdemokratischen Partei als einer Umsturzpartei habe nur den Zweck, das Gesetz im Reichstage durchzubrüden; aber wenn später zwischen Reichskanzler und Reichstag in Bezug auf die Steuerreform Conflicte ausbrechen, werde man auch auf liberaler Seite die Folgen dieses Gesetzes kennen lernen. (Sehr wahr!) In diesem Paragraphen liege der Kernpunkt des ganzen Gesetzes, er allein erstze die übrigen 22 desselben; durch ihn allein werde den untergeordneten Polizeiorganen eine Gewalt verliehen, die in jedem modernen Rechtsstaate unerhöht sei. Was sich schon heute die Polizei ungestrakt erlauben dürfe, habe er an sich selbst in Breslau erfahren müssen. (Weiterkeit.) Neun Jahre lang habe Fürst Bismarck durch Duldung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins dem Treiben der Socialdemokratie direct Vorschub geleistet; aber die dann erfolgende Unterdrückung habe der Bewegung ebenfalls nur Nutzen und Zuwachs gebracht. Dem Gesetz gegenüber stelle sich die socialdemokratische Partei auf den Standpunkt der Ultramontanen den Culturkampfgesetzen gegenüber; erstere haben das Gesetz nicht anerkannt, wir werden ebenso handeln. (Gelächter rechts.) Der §. 29 der preussischen Verfassung gebe den Preußen das Recht, sich jederzeit ohne Waffen zu versammeln; dieser Paragraph wie auch Art. 20 des Reichswahlgesetzes würden durch den §. 5 der Vorlage aufgehoben; es sei dann die Verfassung nicht mehr rechtsgültig für jeden Staatsbürger. Dr. v. Kleiß-Regow habe die Socialdemokratie die Vorschule zum Hochverrath genannt, nun denn, er (Redner) stehe nicht an, alle für dieses Gesetz Stimmenden für Landesverräther zu erklären. (Stürmische Unterbrechung; Wort entziehen! Hinaus! Stöße des Präsidenten.)

Präsident Dr. v. Jordan bed: Ich rufe den Redner wegen dieser absolut unzulässigen Aeußerung zur Ordnung! (Lebhafter Bravo! rechts; der Lärm dauert nichtbesteniger fort und verhindert den Redner am Weiterprechen.)

Präsident: Ich kann die Erregung des Hauses allerdings begreifen, muß aber den Redner in seinem Rechte schätzen, da mir nach der Geschäftsordnung erst nach dem zweiten Ordnungsrufe das Recht zusteht, die Entziehung des Wortes beim Hause zu beantragen. Der Fall liegt in keiner Weise vor, und muß ich das Haus bitten, mich bei der Aufrechterhaltung seiner Geschäftsordnung zu unterstützen. (Bravo! auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. Reinders: Bevor nicht die Beweise für die Anschuldigungen gegen seine Partei erbracht wären, sei ein solches Gesetz für Deutschland eine Unbill! Er fordere den Beweis dafür, daß die Socialdemokratie die Gottlosigkeit predige. (Rufe: Rost!) Rost habe nur zum Austritt aus der Landeskirche aufgefordert, nicht aber zur Gottlosigkeit! Ich habe Sie(?) schon das Beispiel angeführt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre die Socialdemokratie so sehr gefördert haben — möge kommen, was da will, nehmen Sie den §. 5 an! Sie thun damit den Socialdemokraten keinen Schaden! (Gelächter; die häufigen Sprachfehler des Redners erregen wiederholt die Heiterkeit des Hauses.) Wenn irgendjemand verantwortlich zu machen sei für die gegenwärtigen Verhältnisse, so sei es in erster Linie die deutsche Regierung und der Reichskanzler Fürst Bismarck, der auf die Anklagebank gehört! (Lärm.)

Der Präsident erklärt dem Redner, daß ihm die letzte Aeußerung, namentlich ohne weitere Motivirung, doch höchst bedenklich erscheine!

Abg. Dr. Bräuel bekräftigt seinen Antrag unter großer Unruhe des Hauses und sucht nachzuweisen, daß nur dann das Wahlrecht in seiner Integrität geschützt werden könne, wenn die Versammlungen behufs Landtags- und Reichstagswahlen nicht unter das vorliegende Gesetz gestellt würden:

Natürlich wolle er dieses Beneficium nur für solche Wahlversammlungen beanspruchen, die wirklich das sind, für was sie sich ausgeben, und nicht unter diesem Namen andern Tendenzen huldigen. Stelle man die Wahlversammlungen unter dieses Gesetz, so werde bei der bekannten Phantasiefähigkeit der Polizei, so irgenwiewelchen Thatfachen Schlüsse zu ziehen, die ihrer eigenen Macht günstig sind, nicht bloß die Socialdemokratie getroffen, sondern über das Ziel hinaus die Wahlfreiheit aller Parteien einer großen Gefahr unterworfen sein.

Abg. Dr. Hänel beantragt, in dem Bräuel'schen Antrage den Schluß, der dieses Gesetz auf Wahlversammlungen für nicht anwendbar erklärt, durch die Worte zu ersetzen: „Bezüglich der Wahlversammlungen zu Land- und Reichstagswahlen behält es mit den geltenden particularrechtlichen Bestimmungen sein Bewenden.“

Mitglied des Bundesrathes königlich preussischer Minister des Innern Graf zu Eulenburg:

Die landesgesetzlichen Vorschriften über die Freiheit der Wahlversammlungen sollen nach der Absicht der Regierung allerdings durch §. 5 beschränkt werden, nämlich soweit dessen Bedeutung reicht; das heißt daß die Wahlversammlungen auch darauf hin geprüft werden müssen, ob in ihnen socialistische etc. Tendenzen vorhanden sind. Ich glaube, darüber kann kein Zweifel sein. Was die beiden Amendements angeht, so gehen beide auf verschiedenen Wegen nach demselben Ziele, das eine will ausdrücklich, das andere indirect die socialdemokratischen Wahlversammlungen zulassen. Ich denke aber, will man einmal die im §. 1 bezeichneten Tendenzen nicht in Wahlversammlungen verkünden lassen, so darf man das auch nicht in Wahlversammlungen geschehen lassen. (Zustimmung rechts.) Unter welchem Gesichtspunkte die Socialdemokraten selbst die politischen Wahlen betrachten, beweist folgende Stelle aus dem „Center Manifest“, die ich verlesen will:

„Wir verkünden die Nothwendigkeit der politischen Action als eines mächtigen Mittels zur Propaganda der Volkserziehung und Gruppierung; sie ist nicht Selbstzweck, sondern

... nur Mittel zur ...
... Natürliche ...
... weit beschränkt ...
... wenn die im ...
... treten. Ich ...
... (Beifall rechts ...
... Abg. D ...
... für alle ...
... dieses Gesetz ...
... nicht, wie di ...
... gesprochen u ...
... ihren Grund ...
... Wahlrechte a ...
... Abg. D ...
... Hänel, wel ...
... die Wahlfr ...
... Nach den ...
... Eulenburg i ...
... grabung od ...
... sammlungen ...
... gemacht wert ...
... überhaupt, ...
... durch dieses ...
... bekämpft das ...
... es nicht wol ...
... demokraten v ...
... für das groß ...
... dement des ...
... Abg. v ...
... Reine G ...
... den der Abg ...
... Nach meine ...
... wenn beisp ...
... des Abg. Da ...
... er uns von ...
... vor vordere ...
... eines solchen ...
... mir überhan ...
... Beifall rech ...
... dements, da ...
... ab und neh ...
... haben die M ...
... loyale Galt ...
... Vertrauen d ...
... sion, die sch ...
... fall rechts.) ...
... Die D ...
... Der N ...
... Debatte un ...
... meißts und ...
... In weiter ...
... Ausführung ...
... Wirkung d ...
... Auffassung ...
... Fuß faßt: ...
... Maivorlage ...
... eine viel s ...
... der Abg. W ...
... Außerdem ...
... zustand, so ...
... Ausnahmeg ...
... Ausführung ...
... Hauses um ...
... ferkeit wege ...
... chen im S ...
... hange nicht ...
... Ueber ...
... Frhr. v. H ...
... ser Antrag ...
... dement Hän ...
... liegt, in d ...
... mung geb ...
... Das A ...
... mit 200 ...
... stimmung ...
... Polen, Soc ...
... National-L ...
... berger, Dr ...
... Dr. Laßer ...
... Roggemann ...
... v. Stauffe ...
... v. Bühler, ...
... und Partei ...
... Rad und ...
... wird der ...
... §. 5 der ...
... §. 5a ...
... Zuständ ...
... Polizeibeh ...
... sichtsbeh ...
... und wird ...
... §. 6 l ...
... Druck ...
... neten Art ...
... schriften ...
... nen dersel ...
... Dafür ...
... Drucksch ...
... oder commu ...
... oder Ge ...
... den öffent ...
... sind zu verb ...
... Verbot sic ...
... bald auf ...
... Nummer ...
... Abg. A ...
... a) im ...
... tischen Friede

nur Mittel zum Zweck, zur Verfolgung ihrer eigenen davon verschiedenen Theorien und Tendenzen.

Natürlich aber sollen die Wahlversammlungen nur so weit beschränkt werden, wie es §. 5 vorschreibt, d. h. also, wenn die im §. 1 bezeichneten Tendenzen in ihnen zu Tage treten. Ich bitte darum, beide Amendements abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hänel befragt sein Amendement: Für alle müsse gleiches Recht gelten, und wenn schon dieses Gesetz angenommen werde, so dürfe doch wenigstens nicht, wie dies ohne sein Amendement der Fall sei, ausgesprochen werden, Socialdemokraten und solche, die zu ihren Grundrissen neigen, sind vom activen und passiven Wahlrechte ausgeschlossen.

Abg. Dr. Lasker erklärt sich für das Amendement Hänel, welches ihm noch schärfer als das Bräuel'sche die Wahlfreiheit zu garantieren scheint:

Nach den Erklärungen des Hrn. Staatsministers Grafen Eulenburg liege die Gefahr vor, daß nicht nur auf Untergrabung oder Umsturz gerichtete Bestrebungen, resp. Versammlungen zum Zwecke derselben verboten und unumgänglich gemacht werden, sondern socialdemokratische Versammlungen überhaupt, und dann würden eben nur einzelne Parteien durch dieses Gesetz ihre Segner mundtot machen, um unbeschäftigt dazustehen. Das wolle das Gesetz nicht, das dürfe es nicht wollen, und er wolle, sobald man den Socialdemokraten nicht einmal Wahlversammlungen gestatte, das für das größte Unrecht halten, darum bitte er das Amendement des Abg. Dr. Hänel anzunehmen.

Abg. v. Kardorff: Meine Herren, ich stehe nicht auf dem Standpunkte, den der Abg. Lasker soeben als den seinigen erläutert hat. Nach meiner Ueberzeugung würde es allerdings genügen, wenn beispielshalber in einer Wahlversammlung zur Wahl des Abg. Haselmann aufgefordert wird, nach der Rede, die er uns vorlesen hier gehalten hat, diese Versammlung von vornherein zu verbieten. Wenn das nicht der Zweck eines solchen Gesetzes sein soll, dann ist es überflüssig, daß wir überhaupt uns mit demselben beschäftigen. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich bitte Sie also, lehnen Sie beide Amendements, das von Dr. Hänel sowie das von Dr. Bräuel ab und nehmen Sie die Commissionsvorschlüsse an. Sie haben die Recursinstanz so gestaltet, daß Sie wol auf eine lokale Haltung der Regierungen rechnen können, und im Vertrauen darauf können Sie die Vorschläge der Commission, die sehr wohlwogen sind, annehmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Discussion wird hierauf geschlossen.

Der Referent Abg. Dr. v. Schwarz resumirt die Debatte und empfiehlt die Ablehnung der Amendements und die Annahme der Commissionsbeschlüsse. Im weitern wendet sich Redner gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Windthorst; es würde die Wirkung des Gesetzes abgeschwächt werden, wenn die Auffassung des Abg. Windthorst im Publikum festen Fuß fände. Während die Fassung des §. 1 in der Mai-Vorlage eine ganz allgemeine war, sei jetzt im §. 1 eine viel schärfere Distinction gemacht worden, was der Abg. Windthorst gänzlich übersehen zu haben scheint. Außerdem schaffe nicht das Gesetz einen Ausnahmezustand, sondern das Gesetz wolle einem bestehenden Ausnahmezustande begegnen. (Die weitern juristischen Ausführungen des Redners sind bei der Unruhe des Hauses und da der Herr Referent einer starken Peinlichkeit wegen nur mit äußerster Anstrengung zu sprechen im Stande ist, auf der Tribüne im Zusammenhange nicht verständlich.)

Ueber das Amendement Hänel beantragt Abg. Frhr. v. Franckenstein namentliche Abstimmung. Dieser Antrag wird hinreichend unterstützt. Das Amendement Hänel muß jedoch, weil es handschriftlich vorliegt, in der nächsten Sitzung nochmals zur Abstimmung gebracht werden.

Das Amendement Hänel zum Antrage Bräuel wird mit 200 gegen 167 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Dafür: Fortschritt, Centrum, Polen, Socialdemokraten, die meisten Elsäßer, von den National-Liberalen die Abg. Bär-Offenburg, Dr. Bamberger, Dr. Blum, Wolja, Dr. Braun-Wogau, Knoch, Dr. Lasker, Lüders, Maurer, Pflüger, Dr. Rentsch, Roggemann, Schlieper, Dr. Schröder-Friebberg, Schenk v. Stauffenberg, Dr. Thielenius. Ferner die Abg. v. Bühler, Berger. Dagegen die übrigen Gruppen und Parteien sowie die Abg. Dr. Löwe-Vochum, Dr. Rad und North (elsässische Autonomisten). Desgleichen wird der Antrag Bräuel selbst abgelehnt und nunmehr §. 5 der Commissionsbeschlüsse angenommen.

§. 5 lautet: Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörde statt, und wird ohne Debatte angenommen.

§. 6 lautete in der Regierungsvorlage: Druckschriften, welche Bestrebungen der im §. 1 bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen derselben erstrecken.

Dafür schlägt die Commission folgende Fassung vor: Druckschriften, in welchen socialdemokratische, socialistische oder communisistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer dem öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

Abg. Ackermann beantragt hierzu: a) im Absatz 1 einzuschalten hinter den Worten „öffentlichen Frieden“ die Worte „insbesondere die Eintracht der

Bevölkerungsklassen“; b) im Absatz 2 zu streichen die Worte „sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt“.

Ferner die Abg. v. Schmid, v. Kardorff und Dr. Lucius:

1) In Alinea 1 zu streichen die Worte „in einer dem öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“. Eventualiter für den Fall der Aufrechterhaltung dieser Worte aber nach dem Worte „Frieden“ einzuschalten: „insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen“. 2) In Alinea 2 zu streichen die Worte „sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt“.

Abg. Frhr. Dr. v. Hertling (Centrum): Er sei durchaus gegen den Mißbrauch der Pressfreiheit, glaube aber, daß es höchst ungerecht sei, mit solcher Strenge nur gegen die socialistischen Presseerzeugnisse vorzugehen und nicht vielmehr die atheistischen und gottlosen Schriften überhaupt zu verfolgen. Denn der Socialdemokratie hätten die Liberalen und die sogenannte neuere Wissenschaft auf das vielfachste vorgearbeitet. Es sei notwendig, vor allem die unästhetischen Schriften und Abbildungen, die Stadt und Land überfluten, zu verfolgen. Dieses Gesetz aber werde in dieser so erwünschten Reinigung der Presse gar nichts leisten, dagegen werde trotz aller Versicherungen der Regierung, das Gesetz loyal zu handhaben, doch die ganze Presse auf das schwerste getroffen werden. Denn die niederen Beamten verständen unter loyaler Handhabung ganz etwas anderes als die Vertreter der Vorlage am Tische des Bundesrathes, und der Ausdruck socialistisch würde für den niederen Beamten einen sehr behäbigen Begriff abgeben. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Bamberger constatirt, daß der Vorredner mit fast allen Aeußerungen seiner Fraktionsgenossen über Pressfreiheit im directesten Widerspruch sich befinde:

Allerdings sei eine absolute Unterdrückung der Pressfreiheit culturwidrig und auch ihm (Redner) sei der §. 6 der unangenehme von dem ganzen ihm sehr wenig wohlgefalligen Gesetz. Aber bei der Macht der Presse, bei der Leichtigkeit, mit welcher durch die Presse jeder Irrthum, jede bewußte Lüge zur weitesten Verbreitung gelangen könne, habe sich seine Partei mit schwerem Herzen zu zeitweiligen Beschränkungen entschließen müssen. Den Widerspruch, der der national-liberalen Partei seit ihrer ablehnenden Haltung zur Frühjahrsvorlage mit ihrer jetzigen vorgeworfen werde, könne er nicht anerkennen. Warum unterliegt denn das Centrum die Socialdemokratie, die nothwendig zur Reaction führe? Weil das Centrum selbst reactionär ist! (Lebhafter Widerspruch im Centrum.) Wir unterliegen keine reactionäre Maßregel, sondern eine im liberalen Sinne gehaltene Maßregel, die uns vor der Commune bewahren soll, welche Ihre (zum Centrum gewandt) Wünsche erschließen ließ. (Widerspruch im Centrum.) Zum Beweise des Bündnisses von Centrum und Socialdemokratie verlies Redner ein Flugblatt der socialdemokratischen Partei, in welchem die Socialdemokraten für Dr. Mousang zu stimmen aufgefordert werden. Das Centrum begleitet die Verlesung mit wiederholten Bravo's; die den Redner augenscheinlich etwas aus der Fassung bringen. Daß die bürgerliche Freiheit durch die Annahme des §. 6 vorübergehend geschädigt werde, darüber mache man sich gar keine Illusionen. Aber die Noth der Umstände erzwingt dies Opfer. Durch das Anknüpfen gegen dieses Gesetz lege die Socialdemokratie das beste Zeugniß ab, daß auch ihr an der Bourgeoisfreiheit etwas liege. Die Verlesung des Reichskanzlers betreffs der loyalen Ueberwachung der Ausführung gebe übrigens die beste Garantie, daß die Beschränkung der bürgerlichen Freiheit nicht durch Parteirücksichten verschärft oder gemindert werden werde.

Sich zum Wortlaute des §. 6 wendend, bezieht Redner auf der Beibehaltung des Wortes „socialistisch“. Bezüglich der von dem Centrum so scharf accentuirten Rückkehr zur wahren Religiosität wolle er nur ganz verschleiert daran erinnern, daß noch jetzt in Rom ein Proceß schwebe, in welchem eine hochgeborene Gräfin behauptet, eine sehr hochgestellte geistliche Persönlichkeit habe ihr — wie man sich jetzt in Deutschland ausdrückt — persönlich sehr nahe gestanden! (Große Heiterkeit.) Der Redner wendet sich nun gegen die einzelnen Spielarten und Abarten der Demokratie, die in gefährlichster Weise mit dem Feuer spielen. Da ist zunächst die Socialdemokratie der Börse. Ich meine jene Mischung von Pomade und Petroleum, die morgens an den Brülles des Kapitals sich vollsaugt und abends mit den Arbeitern kokettirt. Aber sie ist weniger gefährlich als jene Art des Socialismus, die von der Wissenschaft, vom Rathgeber ausgegangen ist. Ich würde ein Gesetz verporreiren, das das Palladium der freien Wissenschaft antasten wollte, was nicht bloß lächerlich, sondern auch unmöglich wäre. Wenn wir hier die Zeit zu wissenschaftlichen Erörterungen hätten, müßten wir die Besuche historisch bedenklichen, die schon im Sinne der vom Reichskanzler gelobten Productivgenossenschaften gemacht sind, und das muß man im Auge haben in dem Augenblicke, wo derselbe Kanzler eine totale Reform der Wirtschaft- und Steuerpolitik anstrebt. Bei den unglücklichen Erfahrungen in England und Frankreich war es mir schmerzlich, den Kanzler mit einer gewissen Toleranz sich über Lassaile und seine Productivgenossenschaften in posthumer Liebeserklärung auszusprechen zu hören, zumal in einer Zeit, wo die Wogen des politischen Lebens so hoch gehen und wir nach der Auflösung eben erst wieder zusammengetreten sind.

Dann hat der Herr Reichskanzler unter andern Robertus genannt, der ja ein ernsthafter Schriftsteller ist, doch aber nur auf dem Wege abstracter Logik und Dialektik den Staat reformiren will. Ferner hat Fürst Bismarck Hrn. Wagener genannt, der allerdings der Mittelpunkt der Partei war, die Graf Bethusy hier so richtig charakterisirt hat, der auch der Verbändete des Hrn. Rudolf Meyer war, welcher letzterer schließlich wegen Verdächtigungen verurtheilt ist. Sie sind die geistigen Väter des christlichen Socialismus, über den Pastor Lott ein dickes Buch geschrieben hat. Ich halte diesen christlichen Socialismus für nicht minder gefährlich als den gewöhnlichen Socialismus. Es gab eine Zeit, in der sich ein socialistisches Strebertum entwickelte, jeder Dozent war socialistisch angehaucht und wurde Rathgeber-socialist, und alle Professoren der Volkswirtschaft fast ausnahmslos lehren einen Theil des Socialismus, gegen den wir dieses Gesetz machen. Auch viele junge Juristen werden socialistischen Tendenzen zugeführt. Staat und Regierung haben den Socialismus in solcher Weise

großgezogen, wie ich sie geschildert habe. Ich resumire mich! Ich nehme das Gesetz an trotz aller Bedenken, die es hat, ich möchte mit ihm einen Denkstein errichten für die Nation, um zu zeigen, wie weit Staat, Regierung und alle Kreise des Lebens sich vergangen haben auf der schiefen Ebene. Erreichen wir diesen Zweck, so werden wir selbst gefestigt sein gegen die Gefahren, welche dieses Gesetz nöthig machten. (Beifall links.)

Hierauf beschließt das Haus die Vertagung der Debatte. In einer persönlichen Bemerkung vermahnt sich Abg. Dr. Mousang energisch dagegen, ein Bündniß mit den Socialdemokraten eingegangen zu sein. Er habe nur vor denselben eine Wahlrede gehalten, und deren Inhalt habe denselben allerdings besser gefallen als die national-liberale Candidatenrede. Ebenso bestreitet Abg. Liebnecht die Worte des Abg. Bamberger. Die Socialdemokraten haben sich nur darum für ein Mitglied des Centrums entschieden, weil sie aus seiner Rede und ganzen Haltung die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß das Centrum weit liberaler und demokratischer wäre als die National-Liberalen. Abg. Dr. Windthorst bemerkt hierauf zur Geschäftsordnung, daß er, da ihm das heute im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht möglich sei, sich vorbehalten, bei der nächsten Gelegenheit nachzuweisen, daß, was heute der Abg. Bamberger, was die Presse der entgegenstehenden Parteien und der Regierung von einem Bündniß der Centrumspartei mit der Socialdemokratie verbreitet habe, eine wissenschaftliche Lüge sei. Für den Ausdruck „Lüge“, soweit er sich auf den Abg. Bamberger bezieht, wird dieser Redner vom Präsidenten Dr. v. Fockenberg zur Ordnung gerufen.

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Leipzig, 14. October.

Die Verhandlungen des Reichstages über das Socialistengesetz gehen langsamer vorwärts, als man erwartet hatte, und können, wenn nicht bald ein rascheres Tempo eingeschlagen wird (was kaum anzunehmen, ja selbst nicht zu wünschen, da noch mehrere der allerwichtigsten Paragraphen im Rückstande sind), leicht auch die jetzt begonnene Woche ausfallen. Den Höhepunkt dieser Verhandlungen bildeten die beiden bedeutenden Reden einerseits des Reichskanzlers, andererseits des Wortführers der national-liberalen Partei Abg. v. Bennigsen. Wir haben die dadurch angezeigte Situation sogleich in besondern Artikeln besprochen, auf die wir zurückverweisen, werden aber auch, soweit es sich dabei um die Stellung der national-liberalen Partei zur Regierung für die ganze weitere Folge handelt, später noch öfter darauf zurückkommen müssen.

Für den Augenblick steht die Frage wegen Zustandekommens des Socialistengesetzes in erster Linie und beherrscht die ganze politische Lage. In dieser Beziehung nun hat, scheint uns, die Abstimmung über §. 6 die Aussichten auf das Zustandekommen des Gesetzes erhöht. So sehr wir bedauern, daß hier — und hier zuerst — ein kleiner Theil der National-Liberalen sich von der bisherigen Mehrheit für das Gesetz trennte, so gibt doch andererseits der Umstand, daß trotzdem diese Mehrheit noch einige 30 Stimmen betrug, ziemlich sichere Hoffnung auf ein Durchgehen des Gesetzes.

Die zweifache oder, wenn man will, dreifache Ministerkrise in Oesterreich-Ungarn (die offene betreffs der Ministerien diesseit und jenseit, und die latente betreffs des gemeinsamen Ministeriums) hat ihren regelrechten, freilich, den Umständen nach, langamen Verlauf. Der Kaiser hält aufs strengste den parlamentarischen Brauch ein, indem er die Führer der großen parlamentarischen Parteien einen nach dem andern zu sich bescheidet, ihren Rath hört und so sich in die Lage zu setzen sucht, die Neubildung der Ministerien möglichst im Einklange mit dem in den Parlamenten repräsentirten Gesamtwillen der beiden Reichshälften zu vollziehen.

Was die Stellung Andrassy's anbelangt, so ist sie ja freilich mehrfach hart bedroht. Die unerwarteten Schwierigkeiten und Opfer der bosnischen Expedition haben auf der einen Seite den Widerstand der Magyaren gegen diese überhaupt verschärft, auf der andern das Gefühl der slavischen Nationalitäten nach Verstärkung ihres Einflusses durch Annexion neuer slavischer Gebietstheile ermutigt. Dagegen muß das so verletzende Auftreten der Pforte gegen Oesterreich, indem es den Nationalstolz und Patriotismus der Völkerschaften diesseit und jenseit der Leitha aufschauelt, der Andrassy'schen Politik zu Hülfe kommen.

Die Absendung einer Circularnote der Pforte an die Großmächte betreffs der österreichischen Occupation Bosniens (über deren Existenz vor acht Tagen noch Zweifel herrschten) ist im Laufe dieser Woche mehrseitig bestätigt, von keiner Seite widerrufen worden. Auffallend ist, daß die Circularnote dem österreichischen Cabinet selbst nicht überreicht zu sein scheint. Das Gehässige des Schrittes wird dadurch nur gesteigert: es ist, als behandelte die Pforte Oesterreich nicht einmal wie einen Angeklagten, dem man doch die Anklage mittheilt, damit er sich verteidigen könne,

Sondern wie einen bösen Duden, dessen Vergehen man als erwiesen betrachtet und gegen den man nur die Ruthe des Lehrers aufruft.

Ob der Text der Note wirklich so sachgründig ist (wir wissen kein zutreffenderes Wort), wie ihn der Standard und nach ihm die Kölnische Zeitung mittheilt, ist noch nicht ganz sicher. Der Umstand, daß die offizielle Wiener Abendpost ihn der Kölnischen Zeitung ohne Bemerkung nachdruckte, scheint für die Authentizität jenes Textes zu sprechen, und wenn heute gemeldet wird, das (gleichfalls als officiöses geltende) Fremdenblatt „constatire“, daß die mündlichen Erklärungen des türkischen Botschafters in Wien der vom Standard veröffentlichten Note nicht entsprächen, so schließt dies nicht aus, daß die Pforte entweder ein doppeltes Spiel spielt, oder aber, daß sie, betroffen über den Eindruck, den jene Circulernote bei den Congressmächten hervorgebracht (daß dieser der „denkbar schlechteste“ sei, wird von allen Seiten her bestätigt), wieder einzulernen und eine anständigere Sprache zu reden versucht.

Auch nach anderer Seite hin droht ein Wiederleben des durch den Berliner Vertrag zeitweilig gestillten Conflicts. Rußland, heißt es, habe die begonnene Zurückziehung seiner Truppen aus der Nähe Konstantinopels sistirt, weil in den von diesen geräumten Landestheilen die Muselmanen neuerdings Grausamkeiten gegen die Christen begingen; ja es werde die bereits verlassenen Positionen wieder einnehmen.

Der rumänische Senat hat seine Zustimmung zur Abtretung Bessarabiens gegen Erwerbung der Dobrubtscha gegeben. Ein Gleiches erwartet man von der Wahlkammer.

Der Conflict zwischen England und dem Emir von Afghanistan scheint unausbleiblich zum Kriege zu führen. Von einer Nachgiebigkeit des Emirs, auf die man wol in London hoffte, ist nichts zu hören. Im Gegentheil rüstet derselbe, allen Nachrichten zufolge, nach Kräften. Die Engländer müssen also, wohl oder übel, die fatale Expedition beginnen. Die schon (vorzeitig) gemeldete Einnahme von Alimudjid hat sich natürlich nicht bestätigt, im Gegentheil dürfte dieser angeblich stark befestigte Punkt ein wesentliches Hinderniß für das Vordringen der Engländer bilden.

In Frankreich beschäftigt man sich jetzt mit den für den 27. Oct. anbeschriebenen Wahlen der Delegationen (der Departements), welche dann (am 5. Jan. 1879) die Ergänzungswahlen für den Senat vollziehen sollen. Von diesen Ergänzungswahlen hängt es bekanntlich ab, ob fernerhin auch der Senat gleich der Kammer eine entschiedene republikanische Mehrheit aufweisen wird oder nicht. Die Wichtigkeit dieser Entscheidung liegt auf der Hand. Gambetta hat denn auch wieder seine einflussreiche Stimme durch das Land erschallen lassen, um die öffentliche Meinung für diese Frage vorzubereiten. Inzwischen ist ihm in Paris selbst die unerwartete Niederlage widerfahren, daß ein von ihm empfohlener Candidat bei einer pariser Gemeinbewahl einem Radikalen und halben Communisten unterlegen ist.

Die Bismarck'sche Rede und die französische Presse.

* Leipzig, 14. Oct. Die Rede unsers Reichskanzlers hat in der französischen Presse, wie die neuesten Telegramme bekunden, einen solchen Sturm der Erregung hervorgerufen, daß es uns angezeigt scheint, auf denjenigen Theil der Rede, dem allein diese Aufregung gelten kann, noch einmal zurückzukommen und denselben wortgetreu (nach der stenographischen Wiedergabe im Reichs-Anzeiger) nochmals zu reproduciren.

Der betreffende Passus — im Eingange der Bismarck'schen Rede — richtet sich bekanntlich gegen den Abg. Sonnemann (Herausgeber der Frankfurter Zeitung), der unmittelbar gesprochen hatte, und lautet so: Ich habe das Blatt des Herrn Vorredners, das bekannte, ab und zu mit ziemlicher Aufmerksamkeit gelesen. Ich habe gefunden, daß das Urtheil und die Haltung derselben immer genau coincidirten mit dem Urtheil und der Haltung der französischen officiösen Presse. Ich reproducire ja nur, was ich gefunden habe, Sie können ja selbst nachforschen, wenn Sie die französische officiöse Presse kennen — was Sie aber nicht nachforschen können, was ich aber erfahren kann, daß ich mitunter in dem Blatte des Herrn Vorredners Sachen gelesen und erfahren habe, die mir am dritten Tage darauf durch die gesandtschaftliche Meldung als Äußerungen der französischen Regierung bestätigt wurden.

Ich schreibe also dem Herrn Vorredner Beziehungen zur französischen Regierung zu, die ja der Chef eines großen Blattes haben kann, die natürlich auf keinem Interesse auf seiner Seite, sondern nur auf einem Wohlwollen, das ihm eine Regierung wie die französische einflößt, beruhen. Alles, was der Herr Vorredner hier gesagt hat, ist auf Schwächung der Institutionen und auf Schwächung der innern Festigkeit des Reiches, auf Discreditation der Personen, die an der Spitze des Reiches stehen, berechnet. Denken Sie sich einen französischen Revanchepolitiker dieser Tribüne zugänglich, hätte er nicht ganz dieselbe Rede halten können?

Ich habe während meines langjährigen politischen Lebens einige Republikaner kennen gelernt, die Stützen jeder Opposition gegen die damalige preussische Regierung waren, und die in Verbindung waren mit allem, was die preussische

Regierung schwächen konnte; ich habe nachher bei diesen Personen, was natürlich bei dem Herrn Vorredner nicht zutrifft, Gelegenheit gehabt, während des Krieges mit Frankreich die Motive kennen zu lernen, welche sie veranlaßten, die preussische Regierung zu bekämpfen und zu schwächen, und mit den Bestrebungen, welche uns der Republik annähernten und die sie verworthen konnten, zu sympathisiren. Der Herr Vorredner ist ja über jeden Verdacht durch seine Stellung als Abgeordneter erhaben, aber mit besonderem Interesse entnahm ich aus seinen Reden und Druckschriften mit Sicherheit, mit einer durch die diplomatischen Berichte bestätigten Sicherheit, wie die französische Regierung über unsere Angelegenheiten denkt und welche Accorde sie ange schlagen zu sehen wünscht. Ich erwähne rein die That sachen, ohne irgendwelche Schlussfolgerungen dazu zu machen.

Auch die französischen Erscheinungen auf dem Gebiete, welches wir besprechen, hat der Herr Vorredner mit besonderem Wohlwollen behandelt; wenn ich nicht irre, so führte er uns Frankreich als musterhaft für die schonende und regelmäßige Behandlung der Regierung an und sagte, niemals werden die Sachen der Socialisten oder Communisten den Geschworenengerichten entzogen. Meine Herren! Der Herr Vorredner ist ja so genau vertraut mit den französischen Verhältnissen, hat ja ein so wohlwollendes Interesse für dieselben, was ja auch nicht ohne Gegenseitigkeit sein und bleiben kann, daß es ihm unmöglich entgangen sein kann, daß alle Communisten durch die Kriegsgerichte abgeurtheilt worden sind, daß sie flugs erschossen, deportirt, mit Rückwärtslosigkeit, wie keine andere Nation durchzuführen im Stande ist wie die Franzosen, und dieselben haben sich dadurch von dieser Krankheit zeitweise geheilt, und Deutschland hat dadurch den Vorzug gewonnen, der Vorort der Socialisten zu werden, der früher Frankreich war, nachdem man in Frankreich damit aufgeräumt hat. Sollte dies dem Herrn Vorredner entgangen sein? Wie kann er angeht dieses ganz frischen That sachen, angeht der Ebene von Oranelles, die eine Zeit lang seinen Tag ausgehört, vom Blute der Erschossenen zu rauchen, wie kann er einer so erleuchteten Versammlung wie dieser gegenüber behaupten, daß die Sachen in Frankreich nie den Geschworenengerichten entzogen worden seien? Das macht mich bedenklich, und er könnte mit diesen seinen Auffassungen sehr gut zur elässiger Protestpartei gehören, vielleicht auch zur socialistischen. Ich weiß nicht, ob er sich dazu zählt, innerhalb des Fortschritts hat er meines Erachtens damit schon kaum einen Platz. Das Ausland wünscht unsere Schwäche, natürlich nicht immer aus bösem Willen, vielleicht aus Sorge, daß wir übermächtig werden würden, kurz und gut, es wünscht unsere Schwäche, und alle, die unsere Institutionen zu schwächen streben, arbeiten, der Herr Vorredner gewiß unbewußt und ohne böse Absicht, dem Auslande in die Hände.

Die National-Liberalen und die Conservativen.

N.L.C. Berlin, 14. Oct. Für die Beurtheilung der Lage ist es nicht unwesentlich, den Eindruck kennen zu lernen, welchen die Rede Bennigsen's auf die conservativen Kreise gemacht hat. Am meisten zeigt sich das Organ der Freiconservativen, die „Post“, befriedigt. Sie versichert, daß es der national-liberalen Partei an aufrichtigem Entgegenkommen von ihrer Seite nicht fehlen werde. War eine andere Erklärung auch überhaupt nicht zu erwarten, so ist dieselbe nach allem, was vorangegangen, immerhin von erfreulicher Bedeutung. Referirt als die „Post“ steht die deutschconservative Norddeutsche Allgemeine Zeitung den Erklärungen des Führers der national-liberalen Partei gegenüber. Sie sagt:

Daß die Antwort an den Reichskanzler wirklich ganz und voll den Anforderungen der Lage entsprachen hätte, vermögen wir leider nicht zu behaupten. Die Erwiderung des Führers der national-liberalen Partei ist nicht frei von einem gewissen Miströuen, Anklänge an Stimmungen und Bestimmungen der letzten Monate kehren mehrfach wieder, die Bekunde der Verständigung erscheint darin wie ein schmales Bret, welches der Fuß nur zögernd und schwankend betritt. Aber es wird auch hierbei weniger auf die Worte als auf die Thaten ankommen, welche vor dem das Schwerk Gewicht in den Beziehungen des Reichskanzlers zur national-liberalen Partei gebildet haben und es auch in Zukunft sein werden. Daß die „Gleichberechtigung“ der national-liberalen Partei nicht in Frage kommen kann, solange die Corporetheilung der jetzigen Fractionen fortbauert, ist selbstverständlich; mit der Forderung der fortbauenden Selbstständigkeit scheint uns dagegen jene andere Forderung aufgegeben zu sein: die der Theilnahme an der Regierung, deren Nichterfüllung im Frühling dieses Jahres die der Partei eine so tiefe Verstimmung hervorrief, aus welcher sich dann verschiedenartige weitere Folgen entwickelten.

Wir unsererseits können nicht sagen, daß nach der vorliegenden Äußerung es der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ebenso wie Hrn. v. Bennigsen gelungen wäre, sich über die „Stimmungen und Bestimmungen der letzten Monate“ hinwegzusetzen. In der Anspielung auf die „Theilnahme an der Regierung“ war im gegenwärtigen Augenblicke sicherlich auch nicht der geringste sachliche Anlaß vorhanden. Man merkt diesem unzeitigen Ausfalle nur zu deutlich an, wie sehr sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung durch die Betonung der „Selbstständigkeit der national-liberalen Partei“ genirt fühlt. Sie wird sich indes darein finden müssen. Was Hr. v. Bennigsen mit den betreffenden Worten sagen wollte, war offenbar dies: Die national-liberale Partei wird auch in Zukunft, wie bisher, ihr Verhalten einrichten ausschließlich nach ihrer Ueberzeugung von dem Wohle des Landes, und sie wird bereitwillig mit allen denjenigen Uebereinstimmen, welche dies Wohl in der gleichen Richtung zu fördern bestrebt sind. Wir unsererseits sind der Meinung, daß eine solche Erklärung allerdings den An-

forderungen der Lage voll und ganz entspricht. Die Kreuzzeitung vermag eine gewisse Enttäuschung, welche ihr die letzten Tage bereitet haben, nur schlecht zu verbalen. Sie spottet über die „Empfindlichkeit des Liberalismus“ und meint dann betreffs der Äußerungen des Reichskanzlers:

Die deutschconservative Partei hat wol kaum Veranlassung, zu diesen Bemerkungen des Reichskanzlers noch in besonderer Stellung zu nehmen. Auf dem Boden seiner Ueberzeugung stehend, ihrem Programm gemäß bestimmte große Ziele verfolgend, ist ihre Marschroute in den Hauptlinien vorgezeichnet; daneben hat sie es stets durch die That bewiesen, daß sie zur Förderung der dringenden Augenblicksbedürfnisse des Reiches zu maßvoller Verständigung allen, denen die Hand zu reichen bereit ist, welchen mit der Erhaltung und Erhaltung unserer jungen nationalen Einheit am Herzen liegt.

Das Programm ließe sich hören, wenn nicht die praktische Begeisterung für „unsere junge nationale Einheit“ in den Spalten der Kreuzzeitung noch sehr neuen Datums wäre und in den Reihen der deutschconservativen Partei zahlreiche Elemente sich befänden, welche mit der vom Reichskanzler als der schlechtere verneinende Geist behandelten Centrumspartei eine bedenkliche Seelenverwandtschaft bekunden. Ziehen wir das Facit, so ergibt sich, daß man auf conservativer Seite über die Vorgänge der letzten Tage weder sehr erfreut, noch in ihrer Beurtheilung sehr einmüthig ist. Ueberall macht sich ein wenig das unbequeme Gefühl bemerklich, daß die Dinge sich wesentlich anders gestaltet haben, als man erwartet hatte. Es wird wol einige Zeit vergehen müssen, bis man sich in die neue Lage gefunden hat.

Deutsches Reich.

Die wiener „Presse“ bringt über den „Appell“ Bismarck's an die Ordnungsparteien zum Zusammenhalten mit der Regierung und das Eingehen der National-Liberalen darauf einen Artikel. Den ebenso gut die Frankfurter Zeitung des Hrn. Sonnemann oder ein ähnliches Blatt geschrieben haben könnte. Zurückgreifend auf die künftigen Verhandlungen sagt sie darin zum Schluss:

Hilft Bismarck macht zum bösen Spiel gute Miene und bemächtigt sich, da Centrum, Fortschritt und Socialisten ihm den Rücken kehren, wieder der schmiegsamern National-Liberalen, um das Socialistengesetz durch den Reichstag zu bringen und zu diesem Socialistengesetz zugleich eine Coalition der „Maatverbaltenden“ Parteien zu bilden, auf welche sich die nächste parlamentarische Action des Kanzlers zu stützen vermag. Hilft Bismarck zählt eben zu jenen glücklichen Vermählungen, die es in ihrer Gewalt haben, sich die Freunde zu wählen, wie und wo er sie braucht. Allerdings müssen sich solche Freunde auch gefallen lassen, wie die Reichswähe nach Bedarf gewechselt und zertriften zu werden.

Wir unsererseits und, soviel wir sehen können, die ganze national-liberale Presse ebenso wie die Organe des Reichskanzlers haben, so oft in Oesterreich eine innere Krisis entstand (so noch ganz neuerlich) unsern aufrichtigen Wunsch bekundet, dieselbe so ausgeglichen zu sehen, daß sowohl der innere Friede wie die äußere Machtstellung des uns befreundeten Reiches darunter möglichst wenig leide. Jenseit des Erzgebirges scheint man die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich anders zu verstehen. Man scheint da einen gewissen Kegel darüber zu empfinden, wenn hier bei uns die Verhältnisse sich einmal etwas trüben, und ein gewisses Bedauern, wenn sie sich wieder klären. Von manchen andern wiener Blättern würde uns ein solcher Ton nicht wundern; daß aber auch die „Presse“ in denselben einstimmt, ist uns allerdings unerwartet.

— Aus Berlin vom 12. Oct. schreibt man der Weser-Zeitung: „In Bundesrathskreisen versichert man, die Verständigung über das Socialistengesetz sei in erster Linie davon abhängig, daß das Verbot einer periodischen Druckschrift nicht durch das vorherige Verbot einer einzelnen Nummer bedingt sei, wie die Commission gemäß dem Antrage Stauffenberg vorschlägt.“

— Der Hannoverische Courier (der bekanntlich als Organ Bennigsen's gilt) betrachtet die Rede Bennigsen's als „Programm für die künftige Haltung der national-liberalen Partei“. Der Hannoverische Courier meint, er brauche seine Zustimmung zu diesem Programm nicht erst ausbrüchlich zu bezugen, nachdem er seit Monaten, seit dem Scheitern der varziner Verhandlungen und besonders seit der Reichstagsauflösung die Ansicht vertreten habe, daß die national-liberale Partei, ohne begründeten Vorschlägen der Regierung die bisher gewährte Unterstützung zu verlagern, doch eine selbständigere Haltung als früher werde einzunehmen haben.

— Ueber die Bemühungen des Abg. Dr. Paster zu Gunsten der Schulze-Delitsch'schen Genossenschaften läuft nach der Neuen Preussischen Zeitung nachstehendes Wortwort durch die Reihen der Abgeordneten: Es wird behauptet, der bezeichnete Abgeordnete habe jemand aus dem Wasser gezogen, der nicht hineingefallen sei.

— Die „Germania“ enthält Folgendes: „Von Rom schreibt man dem mailänder Osservatore Cattolica Fol-

gendes, das Berantwortliche formirte Befolge des Leo XIII. mara diese Eminenz der Bismarck Kaiser's Vater den Kaiser Wilhelm Fürst Bismarck daß die Ur mit der mit einem werden wür die „Post“ gegrißen. — Die M tigkeit des v. Stofch zweifelt; ob wird, als Berner'scher Weiterentwi Untergange stehen Jed Seiten hin e tung der R liberalen Pr welche er w für sich ang gewandt ha — Die o sagte vor ein werde — a recht — a gerichteten Der Vorbeh als nur ein solches Geri mächtig, da

Preuß tet: „In de sozialdemo Generalver genannten p — Das D blicklich dur über den R fremden er allein den den Liberal wegen, wei gründeter si wissen, daß noch zu be vacanten S nicht in de

— Aus R ser-Zeitung ten wider gab des s freiergericht 1877) ein der Kläger und sämtli werden. I gegen ausge gerer Zeit tionsgerichte für die Klä züglichen G zweitinstanz dem Referen ungeheuern zu erwarten hören, schwe Unterhandlun tion beruhen Berzicht au schädigung g gens ist die nach einem Instanz alle

+ Wien, nunst noch haben: die noch vorha curiren, das samose Acto Europa un gelungen. g gehörigen b

gendes, das wir registrieren, ohne dafür irgendwelche Verantwortung zu übernehmen; Eine sehr gut informierte Persönlichkeit gibt mir die Versicherung, in Folge des apostolischen Schreibens Sr. Heiligkeit Leo XIII. an den Cardinal Rina habe Fürst Bismarck dieser Tage ein längeres Schreiben an Se. Eminenz den Cardinal-Staatssecretär übersendet. Fürst Bismarck ersucht darin im Namen des Deutschen Kaisers den Cardinal, derselbe möge dem Heiligen Vater den herzlichsten Dank ausdrücken für die verbindlichen und wohlwollenden Worte, die dort an den Kaiser Wilhelm und die deutsche Nation gerichtet seien. Fürst Bismarck drückt seine feste Ueberzeugung aus, daß die Unterhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung Sr. Kaiserl. Maj. binnen kurzem mit einem dauernden und glücklichen Erfolg gekrönt werden würden. Die National-Zeitung und ebenso die Post erklären, diese Angaben seien aus der Luft gegriffen.

Die Neue Preussische Zeitung schreibt: „Die Wichtigkeit des Gerüchts, daß der Chef der Admiralität v. Stosch seinen Abschied nachgesucht habe, wird bezweifelt; ob er etwa demnächst diesen Schritt thun wird, das hängt wol nicht nur von dem Gange der Berner'schen Angelegenheit, sondern auch von der Weiterentwicklung der Fragen ab, welche mit dem Untergange des Großen Kurfürsten in Verbindung stehen. Jedenfalls ist seine Stellung nach verschiedenen Seiten hin eine sehr schwierige geworden, und die Haltung der Kölnischen Zeitung sowie fast der gesammten liberalen Presse beweist, daß die öffentliche Meinung, welche er wol seither ganz besonders als eine Stütze für sich angesehen haben mag, sich völlig gegen ihn gewandt hat.“

Die Post bemerkt: „Das Berliner Tageblatt sagte vor einigen Tagen, Hr. v. Saint-Paul-Ilairre werde — ziemlich allgemein, ob mit Recht oder Unrecht — als der Verfasser der gegen Hrn. v. Stosch gerichteten Artikel der Deutschen Revue bezeichnet. Der Vorbehalt des Tageblatt war um so vorsichtiger, als nur eine ziemlich allgemeine Unwissenheit ein solches Gerücht aufbringen konnte. Wir sind jetzt ermächtigt, dasselbe ausdrücklich zu dementiren.“

Preußen. Aus Kiel vom 10. Oct. wird berichtet: „In der gestern im Englischen Garten vom hiesigen sozialdemokratischen Volksverein abgehaltenen Generalversammlung wurde die sofortige Auflösung des genannten politischen Vereins beschlossen.“

Das Deutsche Montags-Blatt schreibt: „Die augenblicklich durch die liberalen Blätter laufenden Gerüchte über den Rücktritt Dr. Fall's müssen das größte Bedauern erregen, nicht nur weil dieser Rücktritt doch allein den Ultramontanen und Orthodoxen und nicht den Liberalen zugute käme, sondern nur allein deswegen, weil diese Gerüchte augenblicklich viel unbedeutender sind als je zuvor. Wir glauben sogar zu wissen, daß Dr. Fall's Weibchen im Amte jetzt kaum noch zu bezweifeln ist und daß die Befegung der vacanten Stellen des Oberkirchenrathes in seinem Sinne, nicht in dem der Hospredigerpartei erfolgen werde.“

Aus Kassel vom 6. Oct. schreibt man der Weser-Zeitung: „In dem Proceß der heftigen Agnaten wider den preussischen Fiskus auf Herausgabe des einen geradezu unschätzbaren Werth repräsentirenden Fideicommissvermögens hat bekanntlich das Kreisgericht vor anderthalb Jahren (am 22. Febr. 1877) ein Erkenntniß gegeben, in dem die Ansprüche der Kläger in allen wesentlichen Punkten anerkannt und sämtliche Kosten dem Fiskus zur Last gestellt wurden. Die von seiten der verklagten Partei hiergegen ausgeführte Appellation ist bereits seit längerer Zeit an den Civilsenat des hiesigen Appellationsgerichts gelangt und am 31. Dec. d. J. laufen für die Kläger die Fristen zur Einreichung der bezüglichen Gegenklagen ab. Die Publication des zweitinstanzlichen Urtheiles dürfte indessen bei dem von dem Referenten und dem Plenum zu bewältigenden ungeheuern Material kaum vor dem nächsten Herbst zu erwarten sein. Wie wir nun aus guter Quelle hören, schweben gegenwärtig zwischen beiden Parteien Unterhandlungen, welche darauf abzielen, die Appellation beruhen zu lassen, indem den Klägern für den Verzicht auf ihre Ansprüche eine angemessene Entschädigung aus der Staatskasse gewährt wird. Uebrigens ist die Vertretung der Agnaten fest entschlossen, nach einem obliegenden Erkenntniß auch der zweiten Instanz alle Unterhandlungen abzubrechen.“

Österreich-Ungarn.

Wien, 10. Oct. Was weder die gesunde Vernunft noch das politische Interesse zu Stande gebracht haben: die österreichische Bevölkerung von ihnen immer noch vorhandenen Sympathien für die Türken zu curiren, das ist endlich der Pforte selbst durch das famose Actenstück, in welchem sie unsere Truppen vor Europa unerhörter Grausamkeiten anlagt, glänzend gelungen. Hier, wo jedes Haus beinahe einen Angehörigen bei der Armee in Bosnien hat, herrscht eine

wahre Entrüstung über die Vermeffenheit, mit der unsern Soldaten Schandthaten aufgebürdet werden, die nie und nimmer in der österreichischen Armee vorgekommen sind. Im Gegentheil hat diese Armee, die es mit einem Gegner zu thun hatte, der in seiner barbarischen Art Befangene und Verwundete gräßlich verflümmelte, eine musterartige Disciplin bewiesen, wie dies von einem Volkheere, das sich aus allen Kreisen der Bevölkerung rekrutirt, nicht anders zu erwarten gewesen. Die Anklage der Pforte stinkt so zu einer vollständig ungerechtfertigten Verleumdung herab, und wie politisch die Folgen dieses Schrittes nur ein eclatantes Fiasco für die Pforte ergeben werden, so werden sie im allgemeinen noch weiter reichen, indem sie der Türkei den Haß einer Bevölkerung zuziehen werden, die bisher in Sympathie für sie befangen war. Es ist eine angemachte Sache, daß die Mächte auf das im Circularschreiben der Pforte enthaltene Petition, ihre unbegründeten Vorstellungen beim Wiener Cabinet zu unterstützen, nicht näher eingehen werden; von hier aus wird die Türkei für ihre Note baldigst heimgesendet werden. Alle politischen Parteien sind darin einig, daß solch eine Insulte nicht entschieden genug zurüdgewiesen werden kann. Mit ihrer Note hat die Pforte bisher nur das eine Resultat erreicht, daß sie auch Gegner der Occupation in das Lager der Anhänger dieser Politik treibt.

Die Wiener Abendpost schreibt unterm 11. Oct.: „Die beiden Circulare, in welchen die Pforte über die von den I. I. Truppen bei der Occupation Bosniens und der Herzegowina angeblich begangenen Gräueltthaten den europäischen Mächten gegenseitig Klage erhebt, finden in der gesammten europäischen Presse einstimmige und unbedingte Verurtheilung. Dieser Einmüthigkeit der öffentlichen Meinung wird ohne Zweifel die gleiche Einmüthigkeit der europäischen Cabinete in der Beurtheilung dieser unqualificirbaren Actenstücke das Geleite geben.“

Der Presse schreibt man aus Wien vom 11. Oct.: „Heute Abend war das Gerücht verbreitet, der Pforte sei eine sehr peremptorische und nachdrückliche Antwortnote von seiten unsers Cabinet's auf die Erklärungen Karatheodory's über den Abbruch der Conventionsverhandlungen und gegen die in der Circulardepesche enthaltenen unverschämten Anklagen zugegangen. Nach einem aus Konstantinopel zugehenden Privattelegramm ist dieses Gerücht nicht begründet. Eine Antwortnote hat die Pforte noch nicht erhalten, wohl aber hat Graf Andrassy dem österreichisch-ungarischen Botschafter Instructionen zukommen lassen, laut welchen er die Erklärungen der Pforte bezüglich der Unmöglichkeit, die Convention abzuschließen, erwidern soll.“

Die Presse vom 12. Oct. schreibt: „Unsere Ansicht, daß bisher der Pforte eine Antwort auf ihre Circularnote noch nicht zugegangen, daß demnach auch die Gerüchte von der österreichischen Drohnote nicht begründet seien, wird uns vollständig bestätigt mit dem Hinzufügen, daß formell ein Anlaß zu einer Note an die Pforte erst dann gegeben sein wird, wenn das hiesige Cabinet durch die auswärtigen Mächte von dem famosen Circular der Pforte in Kenntniß gesetzt sein wird. Bisher ist dem hiesigen auswärtigen Amte nur die mündliche Erklärung Karatheodory's über das Scheitern der Convention bekannt, die nach diplomatischem Brauche in derselben Art, also auch mündlich, beantwortet werden dürfte.“

Sensation erregen die Aeußerungen, welche der Grazer Tagespost zufolge der abgetretene Ministerpräsident Fürst Adolph Auerperg in einer Unterredung mit einem ihrer Correspondenten gemacht haben soll. Dieser erzählt:

Vor wenigen Wochen sagte Fürst Auerperg: „Das Ministerium, dessen Präsident ich bin, hat es nach siebenjähriger Regierung dahin gebracht, daß niemand von der Möglichkeit eines Ministeriums Sogewart spricht. Wir haben durch Ruhe und Maß bewiesen, daß auch bei der verfassungstreuen Partei eine conservativ-liberale Regierung möglich ist. Die böhmische Oppositionspartei geht in den Landtag und wird vielleicht in der nächsten Session auch in den Reichsrath eintreten. Wir haben den Ausgleich mit Ungarn zu Stande gebracht, ohne welchen das Chaos eingegriffen wäre. Es ist mein Werk, daß die Regierung solid geblieben. Ich habe den Mitgliedern des Cabinet's bei der Uebernahme ihrer Portefeuilles mein Programm vorgelegt, und alle Minister sind in das Cabinet mit dem Versprechen eingetreten, sich unbedingt den Beschlüssen der Mehrheit im Ministerrath zu fügen. Ich bin stolz auf die Erfolge der Regierung.“ Wie der Fürst die Presse nicht geliebt hat, so war ihm das Abgeordnetenhaus gleichfalls nicht ans Herz gewachsen. Fürst Adolph Auerperg bemerkte in dem erwähnten Gespräche Folgendes: „Trotz unserer guten Absichten werden wir von der Presse und vom Parlament angegriffen. Besonders von Mitgliedern des Fortschrittclubs.“ (Folgte über einzelne Mitglieder der Fortschrittspartei kritische Bemerkungen, welche wir aus Gründen der Discretion verschweigen.) „Der Fortschrittclub stimmt mit den Staatdrecklichen, die äußerste Linke mit der äußersten Rechten. . . Der Führer der Verfassungspartei hat keine Partei hinter sich, und die Partei hat keinen Führer. Jeder einzelne von den Abgeordneten will Recht haben. Wechselsseitig sagen sich die Abgeordneten Grobheiten, sobald es dem Raufen oft nahe kam. Wir (Minister) wurden vom Parlament ungerath“ (der Fürst ge-

brauchte einen andern Ausdruck) „angegriffen und sind des Regierens müde.“ „Se. Maj. fragte mich“, fuhr Fürst Adolph Auerperg fort, „ob ich ihm aus dem Parlament regierungsfähige Männer vorschlagen könne. Zu den jetzigen Ministern habe Se. Maj. Vertrauen, zu neuen Männern könne er es nicht haben.“ Fürst Adolph Auerperg hätte niemand empfehlen können. Er kenne niemand, der die Mehrheit im Parlament haben und vertreten könnte. „Die officiöse Presse kostet keinen Kreuzer Geld“, schloß der Fürst, „aber die Oppositionspresse — diese nimmt Schweiggelder. . . . Wir brauchen beim Ausgleich im Abgeordnetenhaus noch einige Stimmen, und das hat viel gekostet.“

Die Politische Correspondenz bezeichnet diese Skizze als sehr lächerhaft und aus einzelnen, aus einem längern Gespräche herausgerissenen, willkürlich und nicht ohne greifbare Absicht zusammengestellten Sätzen bestehend. Unrichtig sind insbesondere, wie die Politische Correspondenz sagt, der Satz, welcher ein angebliches Gespräch zwischen Sr. Maj. dem Kaiser und dem Ministerpräsidenten skizzirt, dann die dem Ministerpräsidenten in den Mund gelegten Worte, daß die Oppositionspresse großen Aufwand an Schweiggeldern erheische. Ebenso vollständig unrichtig ist endlich der dem Ministerpräsidenten zugemuthete Ausspruch, daß es „viel gekostet habe“, um Abgeordnete für den österreichisch-ungarischen Ausgleich zu gewinnen, welchen, wie gesagt, vollständig unrichtigen Ausspruch die Grazer Tagespost durch die schwer zu qualificirende Verdächtigung interpretirt, daß sich Abgeordnete „ihre Stimmen abkaufen“ ließen.

Die Grazer Tagespost behauptet dagegen wiederholt die Richtigkeit ihrer Mittheilungen. Das Gespräch zwischen dem Kaiser und Auerperg sei sogar wörtlich citirt, ebenso seien die compromittirenden Bemerkungen des Fürsten betreffs der an die Oppositionspresse zu zahlenden Schweiggelder und die Stimmengewinnung im Abgeordnetenhaus wahrheitsgetreu. Sämtliche Aussprüche Auerperg's seien sofort nach der Unterredung frisch aus dem Gedächtniß von zwei Zeugen niedergeschrieben worden. Die Veröffentlichung sei aus politischen Gründen geschehen, damit ein Mann von solchen Gesinnungen nicht wieder an die Spitze des Cabinet's trete.

Frankreich.

Paris, 12. Oct. Man liest im Journal des Débats: „Wir zollen den deutschen Diplomaten eine zu tiefe Achtung, mehrere unter ihnen haben uns zu viele Proben von ihrem Scharfsinn und durchdringenden Blick gegeben, als daß wir glauben könnten, in ihren amtlichen Depeschen stellten sie die Ansichten der französischen Regierung so dar, als stimmten dieselben durchaus mit den Erkundigungen der Frankfurter Zeitung überein. Auch wir lesen von Zeit zu Zeit die Frankfurter Zeitung; wir kennen deren Ideen, wir haben ihre Polemik beobachtet, sind jedoch niemals gewahr geworden, daß sie den französischen officiösen Blättern ähnlich sähe, es müßte denn sein, daß Fürst Bismarck die „Marseillaise“ und die „Lanterne“ für den Typus dieser Blätter ansähe. Freilich behaupten unsere reactionären Parteien tagtäglich, daß die „Marseillaise“, die „Lanterne“ und zuweilen auch der Père Duchesne während seiner kurzen Existenz die autorisirtesten Organe des Cabinet's seien; wir glauben jedoch nicht, daß diese Anschauung in Deutschland im allgemeinen getheilt wird und daß Fürst Bismarck kindisch genug ist, um sie zur Geltung zu machen. Vermuthlich war der Passus in seinem Vortrage, worauf wir Anspielung machen, eher dem Hrn. Sommeville als Frankreich bestimmt, und der Kanzler, seiner alten Gewohnheit getreu, hat wahrscheinlich nichts gesehen, um einen Gegner, der ihm mißfällt, zu compromittiren. Was uns anbelangt, wollen wir aus den Worten des Hrn. v. Bismarck nur eins im Gedächtniß bewahren, das Eingeständniß nämlich, daß Frankreich von der Plage des Socialismus befreit sei. Welches auch die Mittel gewesen sein mögen, die man angewendet, um das Uebel zu heilen, immerhin ist das Uebel verschwunden. Es ist nach Deutschland, nach Rußland und nach sonstwo ausgewandert. Das hatten wir öfters behauptet; allein wir sehen mit Freuden, daß man der Sache im Auslande gewahr wird. Es wird uns folglich erlaubt sein, lauter als je aufzustellen, daß unser innerer Zustand vortreflich ist, daß wir selber keiner Gefahr ausgesetzt sind, und daß wir unsere Nachbarn mit keiner Gefahr bedrohen.“

Die Post berichtet aus Paris vom 11. Oct.: „Die Bemerkungen des Reichskanzlers über Frankreich haben hier großes Aufsehen erregt. Die Presse sucht nachzuweisen, daß der Reichskanzler in seinen Andeutungen betreffend die Gesinnungen der französischen Regierung und Presse Deutschland gegenüber und namentlich hinsichtlich der Schwierigkeit, welche Deutschland mit dem Socialismus findet, zu weit gehe. Einige Blätter erklären, sie wünschten schon aus Klugheit ihren Feinden nichts Böses. Die üble Laune des Reichskanzlers gegen Frankreich wende sich daher an eine falsche Adresse. Die République française und andere leitende Organe meinen, die Verweise und Insinuationen des Reichskanzlers entsprängen aus

Leipziger Börse.

14. Oct.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Vienna.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including Deutsche Anleihe, Reichsbank, and various municipal bonds.

Bank-Discounto.

Table of bank discount rates for various banks.

Sorten.

Table of different types of bonds and securities.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stock prices.

Table of railway stocks (Eisenbahn-St.-Pr.-Actien) including companies like Berlin-Görlitzer, Ost-Franz., and others.

Table of bank and credit stocks (Bank-u. Credit-Actien) including companies like Allianz, Dresdner, and others.

Table of industrial and priority stocks (Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.) including companies like Chemnitz, Leipzig, and others.

Table of foreign funds (Ausländische Fonds) including bonds from various countries like Austria, Hungary, and others.

Table of international railway stocks (Int. Eisenb.-Prior.-Obl.) including companies like Altona-Kieler, Annaberg-Weipert, and others.

Table of international railway stocks (Int. Eisenb.-Prior.-Obl.) including companies like Ausm.-Teplitzer, Böhmer, and others.

Table of coal stocks (Kohlen-Act. u. Prior.) including companies like Braunkohlen, Steinkohlen, and others.

Paris. Während der Dauer der Weltausstellung sind einzelne Nummern der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu haben in den Grands Magasins du Printemps, Rue du Havre, Boulevard Haussmann, Rue de Provence.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Dienstag, 15. Oct. Concert des Rafael Joseffy. — Mit der Feder. Dramolet in 1 Act von Siegmund Schleginger, (254. Abonnement-Vorstellung.)

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

CONFUCIUS. Tchong-Yong. Der unwandelbare Seelengrund.

Aus dem Chinesischen übersetzt und erklärt

von Reinhold von Plaenckner, 8. Geh. 6 M.

Das „Tchong-Yong“, die zweite der vier Schriften des Confucius, welche als die wichtigsten Quellenwerke für die ganze moralphilosophische Literatur der Chinesen anerkannt sind, wird hier zum ersten Male in deutscher Übersetzung und mit deutschen Erklärungen dargeboten.

Confucius. Tá-hiö. Die erhabene Wissenschaft. Aus dem Chinesischen übersetzt und erklärt von Reinhold von Plaenckner. 8. Geh. 6 M.

Trockene Zwetschen, von 5 bis 2000 Centner, zu haben bei Franz Mikulovský, Weinberg Pardubitz, Böhmen.

Bei Ende der Mietzeit und in Folge freundschaftlicher Verständigung mit Herrn Emil Grünebaum

Niederlage versilberter Tafelgeräte

Markt 8, Barthel's Hof in Leipzig. Ende October auf. Wegen des weitem Detail-Vertriebs meiner Fabrikate, welche sich wie ich mir schmeicheln darf, des besten Rufes und einer ausgedehnten Kundenschaft erfreuen, wünsche ich mit einem bedeutenden, soliden Hause in Leipzig in Verbindung zu treten.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Der Neue Pitaval.

Eine Sammlung der interessantesten Criminalgeschichten aller Länder aus älterer und neuerer Zeit.

Begründet von J. C. Sigis und W. Saring (Wilibald Alexis).

Fortgeführt von Dr. A. Wolffert. Neue Serie. Dreizehnter Band. 8. Geh. 5 Mark.

Inhalt des Bandes: Thomas (Aeith). Die Dynamitexplosion in Bremerhaven. 1875. — Der Prozess Sourville. (Bozen). 1877. — Wilson wieder Bekehr. (Brooklyn). 1875. — Die Familie Staunton. (Nord-England). 1877.

Mit dem vorliegenden Bande tritt bei diesem altbeliebten, für die Sittengeschichte und Seelenkunde, für den Criminalisten, Culturhistoriker und Psychologen gleich wichtigen sowie für jeden Gebildeten interessantesten Sammelwerk infolge einer Veränderung ein, als von jetzt ab der Band nur 5 Mark kostet (statt wie bisher 6 Mark) und der Jahrgang nicht mehr in einzelnen Heften, sondern nur als vollständiger Band erscheint.

Altes Stadttheater. Dienstag, den 15. October 1878.

Erstes Gastspiel des Herzoglich Meiningenschen Hoftheaters.

Zum ersten Male: Julius Caesar.

Trauerspiel in 5 Acten von W. Shakespears. (Uebersetzung von Schlegel.)

Anfang 7 Uhr. Ende um 10 Uhr.

Preise der Plätze: Amphitheater, numerirt 3 M 50 S.

Parquet 3 M 50 S, Parquet, Stehplätze 2 M 50 S, Erster Rang, numerirt 3 M.

Proscaeniumlogen-Plätze 3 M 50 S, Parterre und Erster Rang, Proscaeniumloge Nr. 11b, Parterre, 12b und 24b Erster Rang 3 M 50 S.

Parterrelögen, Stehplätze 2 M 50 S, Logen des Ersten Ranges 2 M 50 S, Orchester 2 M 50 S.

Amphitheater, numerirt 2 M, Loge des Zweiten Ranges 2 M, Zweiter Rang, numerirt 2 M, Loge des Dritten Ranges 1 M 50 S, Dritter Rang Mittelplatz 75 S, Dritter Rang, Seitenplatz 50 S.

Der Vorverkauf findet von Montag den 14. October ab zu den gewöhnlichen Vorverkaufsstunden statt.

Mittwoch, den 16. October 1878. Zweites Gastspiel des Herzoglich Meiningenschen Hoftheaters.

Zum zweiten Male: Julius Caesar.

Trauerspiel in 5 Acten von W. Shakespears. (Uebersetzung von Schlegel.) [1967]

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Nibdermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Seeben erschien:

Die Religion im gemeinen Leben.

Eine Predigt

gehalten in Erathie Church am 14. October 1855 vor ihrer Majestät der Königin von England und Prinz Albert

von John Caird.

Mit Vorwort von Christian Carl Josias Bunsen.

Fünfte Auflage. 8. Geh. 60 Pf.

Diese gedankenreiche und bereite Predigt eines Kanonikers der schottischen Kirche wurde durch Bunsen in Deutschland eingeführt und erlebte rasch vier Auflagen. Fortdauernde Nachfrage veranlaßte den Druck der vorliegenden fünften Auflage. [1969]

Leipziger Tageskalender vom 15. October.

Eisenbahnfahrten.

Bairischer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Hof. Abf. Leipzig, 10 (10.15), Hof, 5.35 (5.45). Leipzig, 10 (10.15), Hof, 5.35 (5.45). Leipzig, 10 (10.15), Hof, 5.35 (5.45).

Berliner Bahnhof. Nach Berlin. Abf. Leipzig, 10 (10.15), Berlin, 1.30 (1.40). Leipzig, 10 (10.15), Berlin, 1.30 (1.40).

Dresdner Bahnhof. (Via Riesa.) Abf. Leipzig, 10 (10.15), Dresden, 1.30 (1.40). Leipzig, 10 (10.15), Dresden, 1.30 (1.40).

Magdeburger Bahnhof. Abf. Leipzig, 10 (10.15), Magdeburg, 1.30 (1.40). Leipzig, 10 (10.15), Magdeburg, 1.30 (1.40).

Härtel'scher Bahnhof. A. Linie Leipzig-Görlitz. Abf. Leipzig, 10 (10.15), Görlitz, 1.30 (1.40). Leipzig, 10 (10.15), Görlitz, 1.30 (1.40).

Königl. Hoftheater zu Dresden. Repertoire-Entwurf vom 15. bis 19. October. Altstadt.

Dienstag, 15. Oct. Emilia Galotti. — Mittwoch, 16. Oct. Die Widerspenstige. — Donnerstag, 17. Oct. Neu einstudiert: Robert der Teufel.

Neustadt. Dienstag, 15. Oct. Der Troubadour. — Donnerstag, 17. Oct. Madame de Faillip. — Sonnabend, 19. Oct. Der Mann mit der eisernen Maske.

Bibliotheken: Universitäts-Bibliothek 3-5 Uhr. Das Lesezimmer geöffnet von 2-5 Uhr.

Börsenbibliothek I. (A. Wärgersf.) 7-9 Uhr.

Börsenbibl. III. (altes Nicolaifischg.) 7-9 Uhr. Städtisches Museum (Entrée 50 S.), 10-3 Uhr.

Museum für Völkerkunde, Grimm, Steinweg 46, 2 Tr. Sonntags, Dienstags u. Donnerstags 11-1 Uhr.

Kunst-Gewerbe-Museum und Vorbild-Veranstaltung für Kunstgewerbe, Thomaskirchhof 20. Sonnt. 10 bis 1, Mont., Mittw. u. Freitag. 11 bis 1 Uhr Mittags unentgeltlich geöffnet.

Telegraphenanhalten: Kaiserl. Telegraphenamtl. (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 5.

Telegraphenzweigamt auf der Börse, Raschmarkt (mit beschränktem Tagesdienst). Telegraphen-Aemter: Posthaus am Augustenplatz (Kaiserl. Postamt I), auf dem Dresdener Bahnhofe (Kaiserl. Postamt II).

Del Vecchio's Kunstausstellung (Kaufhalle 8-6 Uhr). Neues Theater. Besichtig. d. innern Räume 2-4 Uhr. Meldung beim Theaterinspector.

Feuer- und diebstahrsichere Geldschranke mit Stahlpanzerung, bei vielen Bränden und Einbrüchen bewährt, empfiehlt Carl Kästner, Leipzig.



Carl Kästner, Leipzig. (1793-1901)

Pension. Der Director einer Realschule nimmt Pensionäre in sein Haus. Strenge Schul- und Hausordnung. Ueberwachung der Arbeiten und Fortbildung in denselben.

Familien-Nachrichten. Verlobt: Dr. Georg Arnold in Leipzig mit Frl. Johanna Riger.

Getraut: Dr. Theodor Ulrich in Buchholz mit Frl. Anna Frische aus Leipzig. — Dr. Ramo Fulceni in Montebardino bei Volterra (Toscana) mit Frl. Elena Wunderlich.

Obdormen: Fr. Adermann in Vortitz eine Tochter. — Fr. Gustav Benfeler in Eisenach ein Sohn. — Fr. Theodor Coeclus in Leipzig ein Sohn.

Obdormen: Fr. Adermann in Vortitz eine Tochter. — Fr. Gustav Benfeler in Eisenach ein Sohn. — Fr. Theodor Coeclus in Leipzig ein Sohn.

Obdormen: Fr. Adermann in Vortitz eine Tochter. — Fr. Gustav Benfeler in Eisenach ein Sohn. — Fr. Theodor Coeclus in Leipzig ein Sohn.

Obdormen: Fr. Adermann in Vortitz eine Tochter. — Fr. Gustav Benfeler in Eisenach ein Sohn. — Fr. Theodor Coeclus in Leipzig ein Sohn.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.